

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Alle Anzeigen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger des Erzgebirges entgegen. — Aufnahme werblich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Postamt für den Postbezirk des Erzgebirges. Postamt für den Postbezirk des Erzgebirges. Postamt für den Postbezirk des Erzgebirges.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 100

Nr. 232

Sonnabend, den 4. Oktober 1924

19. Jahrgang

### Das Problem der Regierungsumbildung.

Von Dr. Fritz W. d. W.

Um die Frage der Regierungsumbildung ist seit der Annahme des Sachverständigenrats die öffentliche und halbamtliche, von parteilichem und parteilosem Standpunkt herum geredet worden, daß einzelne dabei beteiligte Persönlichkeiten kaum noch wissen was sie alles gesagt haben, und daß sich über die ganze Angelegenheit ein dichter Nebel parteilichem Standpunkt zu lagern beginnt, der den Blick auf den Kern der Dinge verleiht. Es ist demgegenüber an der Zeit, dieses Problem von seinem Ausgangspunkt an mit aller Klarheit so zu betrachten, wie es wirklich liegt.

Die Deutschnationalen fanden der Regierung und den Sachverständigen gegenüber in scharfer Opposition. Um die Sachverständigen zu Zeiten, vor die Deutsche Volkspartei in letzter Stunde den Deutschnationalen an, für Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung sorgen zu wollen, falls sie die Verantwortung für die Sachverständigen mit übernehmen würden. Man kann über das Charaktervolle einer solchen politischen Taktik verschiedener Auffassung sein; aber darüber kann nur eine Meinung bestehen, daß die Deutschnationalen weder als Reichstagsfraktion noch als Partei die Mitverantwortung für die Sachverständigen übernehmen haben. Die radikalste politische Maßnahme kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion gegen alle Sachverständigen gestimmt hat, auch gegen das entscheidende Eisenbahngesetz. Daraus, daß hier ein Widerstand gestiftet wurde, dafür zu stimmen kann natürlich kein zu gradlinigem Denken noch befristeter Mensch die Übernahme der Verantwortung für die Sachverständigen ableiten wollen. Ein Anspruch der Deutschnationalen auf Beteiligung an der Regierung besteht also aus diesem Anlaß nicht. Die Reichsregierung würde sich und ihre Politik desavouieren, wenn sie für die Durchführung dieser Gesetze derjenigen politischen Partei einen bestimmenden Einfluß in ihrem eigenen Schoße einräumte, die diese Gesetze verworfen hat und noch verwirft. Die Herinnahme der Deutschnationalen würde in Ansehung der Außenpolitik eine Kurswechsel bedeuten, und dieser Kurswechsel ist von den Deutschnationalen bisher gewollt. Mit dankenswerter Offenheit sagt die „Kreuzzeitung“: „Der Eintritt der Deutschnationalen soll die bisher verfolgte Politik der Mitte zu einer Umstellung bringen im Sinne der deutschnationalen Innen- und außenpolitischen Forderungen; er kommt einem Kurswechsel gleich, der sich sofort praktisch auswirken muß.“

Demgegenüber ergibt sich die einfache Frage, ob ein solcher Kurswechsel außen- und innenpolitisch erwünscht ist. Worauf kommt es für die nächste Zeit an? Stresemann charakterisiert mit der ihm eigenen Gewandtheit im Formulieren das Ziel mit den Worten: „Innere Konsolidierung auf gemeinsamer außenpolitischer Grundlage“. Sehr richtig. Aber glaubt er, daß die gemeinsame außenpolitische Grundlage mit den Deutschnationalen vorhanden ist; glaubt er, daß eine sich einseitig nach rechts erweiternde Regierung eine innere Konsolidierung bringen wird? So naiv dies anzunehmen, ist doch kaum einer von den politischen Sängern zweiten und dritten Grades. Hinter all den schönen Formulierungen und Sätzen steht der Wille, der Volkspartei aus der bisherigen Politik der Mitte nach rechts abzuweichen, und nicht der Wille, die Deutschnationalen zu einer Politik der Mitte heranzuziehen. Das letztere wäre das allein Mögliche, wenn nicht die bisherigen außenpolitischen Grundlagen verschoben und die innere Konsolidierung verhindert werden soll. Als klare Schlussfolgerung ergibt sich daraus für alle die, welche die bisherige Regierungspolitik für die allein Mögliche halten, daß eine Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung ohne außen- und innenpolitischen Schaden nur denkbar ist wenn sie sich klar und unumwunden zu der bisherigen Regierungspolitik bekennen. Dieser liegen nur die Gegenteile eines solchen Bekenntnisses vor. Auch die Entschlüsse der deutschnationalen Parteitagessitzungen können nicht anders gewertet werden. Immerhin ist es denkbar, daß bei den schwebenden Verhandlungen sich die Deutschnationalen zu diesem Bekenntnis durchbringen könnten. In diesem Falle würde ihre Aufnahme in die Regierung erwünscht sein, und eine außen- und innenpolitische Stärkung bedeuten. Stellt sich aber die Verbreiterung der Regierung als ein Abweichen nach rechts dar, so bedeutet sie eine Aufgabe der bisherigen Politik, die von allen denen nicht mitgemacht werden kann, die sie aus Überzeugung getrieben haben. Was aber das Schlimmste sein würde: sie läßt an Stelle der rechts beschwinnenden Opposition nach links eine Klüftung entstehen, aus der die schwebenden innen- und wirtschaftlichen Kombinationen aufzulösen müssen.

### Die Schlußfassung des Völkerbundes.

Das Protokoll angenommen.

Genf, 2. Okt. In der heutigen Völkerbundversammlung wurde die Abstimmung über das Sicherheitsprotokoll vorgenommen. Schätzliche 47 anwesende Staaten stimmten den Resolutionen zu.

Genf, 2. Okt. Die heutige Schlußfassung der fünften Völkerbundversammlung brachte zunächst die Wahl der sechs nichtständigen Mitglieder zum Völkerbundrat die, wie wir bereits angekündigt hatten, ohne Zwischenfall die Wiederwahl der bisherigen sechs Mitglieder Belgien (das diesmal 84 Stimmen erhielt), Brasilien (40 Stimmen) Schweden (37), Spanien (38), Tschechoslowakei (40) und Uruguay (40) ergab. Außerdem erhielten u. a. Holland 15, China 14 Stimmen. An der Abstimmung nahmen 47 Delegationen teil so daß die einfache Mehrheit, die zur Wahl genügt 24 Stimmen betrug. Präsident Motta teilte sodann noch mit, daß folgende 10 Staaten das Protokoll über die Schiedsgerichtsbarkeit bereits vor Schluß der Versammlung in Genf unterzeichnet haben: Albanien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien, Letland, Polen, Portugal und die Tschechoslowakei.

Das Schlußwort sprach Präsident Motta. Diese 5. Völkerbundversammlung bedeutet, so erklärte er, in meinen Augen einen entscheidenden Wendepunkt. Wir haben alle Hoffnungen auf das Verfahren der Vermittlung und der Schiedsgerichtsbarkeit übertraffen. In den Parlamenten und in den Regierungen, die in den nächsten Monaten sich mit dem Schiedsgerichtsprotokoll beschäftigen werden, wird nicht mehr die Genfer Atmosphäre vorhanden sein, die uns hier geleitet hat und es werden noch größere Widerstände sich ergeben. Dann wird es unsere Pflicht sein — Pflicht der Delegierten dieser Versammlung —, den Versuch zu machen, das Verständnis dafür zu erwecken, was dieses Protokoll von Genf trotz seiner unvermeidlichen Unvollkommenheiten bedeutet.

Das Vertrauen der Völker darf nicht getrübt werden, denn die gezeigten Leistungen würden uns in immer fürchterlichere Konflikte stürzen und eine wahre Orgie der Verführung hervorrufen. Das Protokoll allein wird dazu nicht genügen. Wir müssen dem Mechanismus, den wir geschaffen haben, eine Seele einflößen: Erkenntnis von der Solidarität und der Einmütigkeit der Versammlung.

Oder aber, wir müßten denn wirklich verdammt sein: zuzugeben, so erklärte Motta, daß der Krieg auf der Menschheit als ein verhängnisvolles Erbe lasse, daß die Gewalttätigkeit von der menschlichen Natur nicht zu trennen ist und daß wir Armen trotz des Verstandes und der Liebe, die uns Gott gegeben hat, niemals mehr das Ende der verfluchten Blutstürme sehen werden.

### Die Koalitionsführer beim Kanzler.

An der Besprechung beim Reichskanzler, die gestern nachmittag in der Reichskanzlei stattfand und der auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann beizuohnte, nahmen teil: von Zentrum die Abgeordneten Stegerwald, Spahn und von Guard, von den Demokraten die Abgeordneten Erkelenz, Haas und Kleinath und von der Deutschen Volkspartei die Abgeordneten Dr. Scholz und Curtius. Die Verhandlungen begannen um 1/2 Uhr.

Die Deutschnationalen und Dr. Marx.

Der heutige Artikel der „Germania“ über die Chance der Deutschnationalen, in die Regierung zu gelangen ist „schlechte Ausflüchte“ überschrieben. Das Zentrumblatt weist darauf hin, daß nach den Äußerungen der deutschnationalen Presse die Deutschnationale Volkspartei eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik verwirft und zwar so deutlich, daß es der Deutschen Volkspartei bei ihrer Außenpolitik eigentlich anstößig und bange werden mußte. Die „Germania“ spricht ihre Befriedigung darüber aus, daß die deutschnationale Presse, die von Dr. Hergt so sorgsam gesponnen haben wieder sehr erheblich zerfallen hat. Diese erfreulichen Bemerkungen setzt die deutschnationale Presse heute fort. Die „Kreuzzeitung“ nennt ihre Artikel „Utopien des Reichskanzlers“ und spricht von „Phantastereien“, durch die sich Deutschland nur „Lächerlich“ macht. „Die Art der Volksgemeinschaft, wie sie sich Dr. Marx denkt, lehnen wir für unseren Teil ab... Die Deutschnationale Volkspartei müßte ihre Grundsätze vollkommen verleugnen, wenn sie sich zusammen mit der Sozialdemokratie an den Regierungssitz setzt... Wir wundert uns nur, daß Dr. Marx nicht auch noch die Kommunisten auffordert.“

Berlin, 2. Okt. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Die Verhandlungen zwischen Marx und Hergt mögen recht dramatisch werden oder von vornherein im Sande verlaufen — die Sozialdemokratie hat selbstverständlich gar keine Absicht, sich deswegen den Kopf zu zerbrechen.

### Die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen.

Paris, 2. Okt. In der heutigen ersten Arbeitssitzung der französischen und deutschen Wirtschaftsdirektoren, die um 1/4 Uhr im Handelsministerium eröffnet wurde, hat der französische Handelsminister Magnaldi den Standpunkt Frankreichs in einer großen Rede vorgelegt. Zum Schluß richtete er an die deutsche Delegation die Frage, ob sie, wie die französische Delegation entschlossen wäre, einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung des Warenverkehrs zu unternehmen. Die Bedingungen müßten unverzüglich durch ein definitives Abkommen festgelegt werden oder aber, es müßte vorläufig ein zeitweises Regime angewandt werden. Das Judentum ausgebaut und zu vervollkommen wäre.

Staatssekretär von Trendelenburg teilte entschieden in Übereinstimmung mit der deutschen Wirtschaft ihre alte Leistungsfähigkeit auch nur annähernd erhalten habe und daß der deutsche Wettbewerb eine Gefahr für die Industrien anderer Länder bedeutet. Weiter führte er u. a. aus: Die Verhältnisse erfordern geduldsreich ein Aufräumen mit dem Zustande gegenseitiger Abschließung. Jetzt nach Stabilisierung der Währungsverhältnisse sollen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Übergangszeit fallen. In Bezug auf das Ausmaß des Zollschutzes stehen wir auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich das System eines gemäßigten Zollschutzes, wie es bei uns in den Vorkriegszeit bestand, nicht geändert werden soll. Gerade auf diesen Standpunkt lege ich ganz besonderen Wert. In Verbindung mit dem gemäßigten Zollschutz bedürfen wir aber weiter der unbeschränkten allgemeinen Meistbegünstigung. Wir wünschen dieses System vor allem aus der Überzeugung heraus, daß nur auf der Basis der Meistbegünstigung die Verflechtung der nationalen Wirtschaften hergestellt und in einem Maße herbeigeführt werden kann, wie es vor dem Kriege bestanden hat. Im weiteren Verlauf der Arbeitssitzung wurde bestimmt und protokolllarisch festgelegt, daß von morgen an die Sitzungen streng vertraulich sind und daß keinerlei Mitteilungen an die Presse erfolgen mit Ausnahme der amtlichen Berichte, die von Zeit zu Zeit ausgegeben werden sollen.

Handelsvertragsverhandlungen auch mit Japan.

Japan hat in Berlin um Handelsvertragsverhandlungen nachgesucht. Bei diesen bevorstehenden Verhandlungen wird es sich nicht um den Abschluß eines Tarifvertrages, sondern um eine gegenseitige Gewährung unbeschränkter Meistbegünstigung handeln, die Reichsregierung hat bereits vor mehr als Jahresfrist Schritte in dieser Richtung unternommen, die jedoch infolge der ablehnenden Haltung Japans bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

### Der Kampf gegen Macdonald.

Zwei Misstrauensanträge gegen Macdonalds Regierung. England vor Neuwahlen.

London, 2. Okt. Die konservative Partei hat gestern nacht im Unterhaus den angekündigten Misstrauensantrag gegen die Regierung eingebracht. Er stützt sich darauf, daß der Generalstaatsanwalt, um die agitativen Tätigkeit einiger Minister während der Kriegszeit einer öffentlichen Kritik zu entziehen, die Strafverfolgung eines Kommunisten, der die Wehrmacht zum Ansehensverlust aufgefördert hat, einstellen ließ. Der Antrag geht dahin, daß das Verhalten der Regierung Tadel verdiene, soweit es sich um die Eröffnung und darauf folgende Einstellung der Strafverfolgung gegen den Redakteur der „Wochenzeitschrift der Arbeiter“ bezieht.

Der liberale Führer Asquith hat gleichzeitig nachdem das irische Gesetz in zweiter Lesung mit 291 gegen 224 Stimmen angenommen war, in der Form eines begründeten Misstrauensantrages die Ablehnung des englisch-russischen Vertrages beantragt. Da bei der einen oder anderen Abstimmung eine Niederlage der Regierung vorausgesehen werden muß, ist eine Regierungskrise in unmittelbare Nähe gerückt. Es wird deshalb allgemein mit Neuwahlen gerechnet.

Wenn etwa zweifelhaft ist, ob die Regierung bereits am Mittwoch bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag zu Fall kommt, ist die Niederlage der Regierung wie die Erklärung des Premierministers in Derby erkennen läßt, bei der Erörterung des russischen Vertrages als gewiß anzusehen. Gestern abend fanden die Werten in den Klubs, ob die Regierung am 8. Oktober oder über den russischen Vertrag falle, annähernd 1:1. Die Presse hat sich von dieser Entwicklung der parlamentarischen Lage einigermaßen überraschen lassen und hat erst heute morgen die unmittelbare Krise angedeutet. „Daily Herald“ verleiht seine erste Seite mit der schmerzlichen Ueberschrift: „Berichtet auch auf Neuwahlen vor!“